

### Stellung gegen illegale Pushbacks beziehen

Flüchtlingsbeauftragter des Bistums Münster fordert Regierung zu klarer Positionierung auf/Deutschland kann Flüchtlinge aus Belarus aufnehmen

**Diözese Münster (cpm).** Sowohl die geschäftsführende Regierung als auch die Ampelkoalition muss nach Ansicht des Flüchtlingsbeauftragten des Bistums Münster, Helmut Flötotto, klar Stellung beziehen gegen die rechtswidrigen Pushbacks an der polnischen Grenze zu Belarus. In vielerlei Hinsicht sei "die Situation dort unerträglich". Nach Ansicht Flötottos könne und solle Deutschland die überschaubare Zahl an Flüchtlingen aufnehmen. Die Drohungen der EU gegenüber den Fluglinien zeige Wirkung, so dass kein Sogeffekt zu befürchten sei.

Unerträglich sei auch, dass dem UNHCR nicht erlaubt werde, den Menschen zu helfen und dadurch eine humanitäre Katastrophe heraufbeschworen werde, erklärt Flötotto, der das Referat Soziale Arbeit im Diözesancaritasverband Münster leitet. Geradezu skandalös und nicht mit den immer wieder beschworenen Werten der Europäischen Union nicht in Einklang zu bringen, sei die Bezeichnung der Flüchtlinge als "hybride Bedrohung": "Das ist Kriegsrhetorik und hat mit der Lage von Flüchtlingen allgemein und speziell an der Grenze zu Belarus nichts zu tun", sagt Flötotto: "Menschen verlassen ihre Heimatländer schweren Herzens wegen Repression und Perspektivlosigkeit auf der Suche nach Frieden und einem auskömmlichen Leben."

Traurig stimme ihn, dass sich nach dem bejubelten Fall der Mauer 1989 Europa jetzt wieder mit neuen Grenzbefestigungen abschotten wolle. "Das widerspricht dem Geist der Europäischen Politik", stellt der Flüchtlingsbeauftragte fest.

106-2021 (hgw)

24. November 2021